

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche
Ordnung und Bevölkerungsschutz
am Dienstag, dem 26.11.2024, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:15 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht zur Anonymen Spurensicherung	186/2024 5
3.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Einstellung erforderlicher HH-Mittel für die Notstromversorgung der Kommunikationstechnik	187/2024 6 – 8
4.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Beratung des Budgets der Kreispolizeibehörde, des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für 2025	189/2024 9 – 10
<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Bestellung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters	190/2024 11

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Dinter, Dennis
Dufhues, Hannelore
Franitza, Andreas
Gerwing, Theresia
Kaup, Winfried
Kühnel, Andreas
Marx, Burkhard
Maschelski-Werning, Sophia
Mindermann, Ursula
Poppenberg, Bernhard
Rosenbaum, Ulf
Starke, Dennis
Termühlen, Hildegard
von Ketteler, Friedrich-Carl
Werner, Olaf Martin
stellv. Ausschussmitglieder
Claßen, Anne
Wamba, Gilbert
Welscheit, Martin
von der Verwaltung
Altenseuer, Udo
Diekhoff, Katrin
Holtstiege, Ralf
Kleier, Ulrike
Schreier, Petra
Dr. Witte, Andreas

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Blömker, Franz-Ludwig

Koch, Karsten

Luster-Haggeney, Rudolf

Schulte, Stephan

Frau Maschelski-Werning eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz.

Sie verweist auf die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur ersten Evaluation der Katzenschutzverordnung im Kreis Warendorf. Diese wurde nachversandt und wird unter TOP 4 zu den Haushaltsplanberatungen beantwortet.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage der Vorsitzenden meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

2. Bericht zur Anonymen Spurensicherung

186/2024

Frau Diekhoff berichtet, dass das Projekt zur Anonymen Spurensicherung im Kreis Warendorf vor einem Jahr unter Beteiligung der Kliniken, der Frauenberatungsstellen und des Gesundheitsamtes ins Leben gerufen wurde. Sie gibt anhand einer Präsentation (Anlage 1) einen Rückblick auf die bisherigen Schritte. Am heutigen Tag soll das Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Sie dankt ausdrücklich allen Beteiligten für die Unterstützung.

Frau Maschelski-Werning dankt Frau Diekhoff für die Vorstellung und ausdrücklich für ihren Einsatz und ihr Engagement.

Frau Claßen schließt sich dem Dank an und zeigt sich erfreut, dass die Demokratie in diesen Bereich gut und gemeinsam funktioniert.

Herr Kühnel dankt ebenfalls für die Umsetzung des Projektes, hebt jedoch hervor, dass es sich um ein gesellschaftliches Thema handelt. Idealerweise wäre das Projekt nicht erforderlich, dennoch hofft er auf Erfolge in den nächsten Jahren, die das System möglicherweise überflüssig erscheinen lassen.

Auch Frau Mindermann dankt für die Umsetzung. Sie verweist auf die erschreckenden Zahlen sowohl im Kreis Warendorf als auch bundesweit.

Herr Poppenberg schließt sich dem Dank an.

3.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Einstellung erforderlicher HH-Mittel für die Notstromversorgung der Kommunikationstechnik	187/2024
-----------	---	-----------------

Herr Kühnel erläutert den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion. Er hebt die Bedeutung einer funktionierenden Infrastruktur im Krisenfall hervor. Hierzu gehöre auch die Information der Bevölkerung. Das Land NRW setze hierbei auf den WDR, der jedoch erfahrungsgemäß nicht flächendeckend detailliert für bestimmte Regionen informieren kann. Insofern sollten auch die Sendeeinrichtungen von Radio WAF als Teil der kritischen Infrastruktur bewertet werden.

Frau Maschelski-Werning erklärt, dass der Antrag vereinbarungsgemäß im Rahmen der Haushaltsberatungen behandelt wird.

Frau Schreier führt hierzu aus, dass das Thema bereits im Landkreistag behandelt und auf Landesebene beraten wurde. Das Land NRW verweist hierbei auf den WDR. Ein erstes Gespräch mit der Betreibergesellschaft von Radio WAF hat bereits stattgefunden, die vorgesehene Begehung der Sendemasten war aufgrund des Umzugs von Radio WAF bisher nicht möglich. Zwischenzeitlich ist bekannt geworden, dass die neuen Senderäume in Rheda-Wiedenbrück nicht notstromversorgt sind. Insofern ist die Einrichtung eines Notsenderaumes ebenfalls erforderlich. Dieser soll perspektivisch im geplanten Bevölkerungsschutzzentrum (Multifunktionshalle) untergebracht werden. Bis dahin ist die Ertüchtigung eines Büros im Kreishaus denkbar. Voraussetzung für den Notbetrieb bleibt aber die Notstromversorgung der vier Sendemasten. Aufgrund der Komplexität schlägt die Verwaltung vor, Anfang 2025 eine Bereisung der Sendemasten zusammen mit dem Techniker der Betriebsgesellschaft von Radio WAF durchzuführen und 15.000 € für einen Fachplaner zur Erstellung eines Konzeptes und einer Kostenermittlung in den Haushalt 2025 einzustellen. Ein vergleichbares Konzept auf Kreisebene ist in NRW bislang nicht bekannt. Vorbehaltlich des politischen Willens soll anschließend schnellstmöglich die Umsetzung erfolgen.

Frau Maschelski-Werning erklärt, dass gegebenenfalls der Beschlussvorschlag aus dem Antrag angepasst werden müsste. Herr Kühnel weist darauf hin, dass der Antrag im Sommer gestellt wurde und zwischenzeitlich bereits viel Vorarbeit erfolgt ist. Insofern hat er keine Einwände gegen die Anpassung des Beschlussvorschlages.

Herr Franitza begrüßt den Antrag, der inhaltlich seine volle Unterstützung findet. Er weist aber darauf hin, dass eine schnelle und günstige Lösung erforderlich ist und regt daher an, auf die Expertise der Feuerwehr, des THW oder der Hilfsorganisationen zurückzugreifen. Herr Holtstiege erklärt, dass es sich bei der Einrichtung und dem Betrieb nicht um Aufgaben handelt, die durch die Feuerwehr, das THW oder die Hilfsorganisationen geleistet werden können. Hierbei sei einerseits Ingenieurwissen erforderlich, andererseits müsse die Einrichtung nach den Regeln der Technik und diebstahlsicher erfolgen. Herr Franitza verweist nochmals auf das Potenzial der Feuerwehr in beratender Hinsicht und befürchtet eine Verzögerung der Maßnahme durch das Verfahren mit einem externen Gutachter. Herr Hillebrand erklärt, dass das Verfahren mit einem Fachplaner nicht automatisch zu langen Umsetzungszeiten führen

muss. Wichtig sei jedoch ein sinnvolles Konzept, das auch Aspekte wie beispielsweise die Eigentumsverhältnisse berücksichtigt.

Herr Kühnel begrüßt, dass die Notwendigkeit allgemein anerkannt wird und hebt ebenfalls die Bedeutung einer schnellen Umsetzung hervor. Er bittet daher um regelmäßige Berichte im Rahmen der Ausschuss-Sitzungen, nach Möglichkeit bereits um einen ersten Zwischenbericht im Rahmen der nächsten Sitzung.

Herr Poppenberg weist darauf hin, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt, bei der die Kosten explizit ermittelt werden müssen. Er spricht sich daher ebenfalls für die Beteiligung eines Fachplaners aus.

Frau Claßen erklärt, dass der Vorschlag zur Bereitstellung von 15.000 € für einen Fachplaner mitgetragen wird. Die Diskussion zeige auch aus ihrer Sicht die Notwendigkeit eines Fachplaners.

Frau Schreier erläutert, dass die Kosten zunächst für die Beauftragung eines Fachplaners vorgesehen sind. Gegebenenfalls weitere Kosten müssten abhängig von der politischen Beschlussfassung im Rahmen von überplanmäßigen Mittelbereitstellungen erfolgen oder spätestens im Haushalt 2026 veranschlagt werden. Zu prüfen sei zudem die Möglichkeit eines Batteriebetriebes der Sendemasten, hierzu liegen aber derzeit noch keine gesicherten Informationen vor.

Herr Werner weist darauf hin, dass eine vertragliche Regelung wichtig ist. Eine Finanzierung des privaten Radiobetreibers aus öffentlichen Mitteln dürfe nicht erfolgen.

Herr Holtstiege geht darauf ein, dass während der Planungen im Rahmen der Energiemangellage viele Wünsche nach einer Notstromversorgung seitens der medizinischen Einrichtungen geäußert wurden. Insofern sei eine genaue Prüfung wichtig.

Frau Schreier berichtet, dass eine Umstellung der Sendetechnik von UKW auf DAB-plus nach Auskunft von Radio WAF in den nächsten Jahren nicht geplant ist. Die Nummer 3 des Beschlussvorschlages sei damit entbehrlich. Herr Kühnel hat keine Einwände gegen die Streichung der entsprechenden Passage.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, sich mit der Betriebsgesellschaft von Radio WAF ins Benehmen zu setzen, um zu klären, inwieweit die Sendefähigkeit auch in Zeiten von Stromausfällen sichergestellt werden kann.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zusätzliche 15.000 € für einen Fachplaner zwecks Erarbeitung eines Konzeptes in den Haushalt einzustellen. Die Verwaltung wird gebeten zeitnah ggfls. mit ersten Zwischenergebnissen in dem zuständigen Fachausschuss Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	18
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

4.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Beratung des Budgets der Kreispolizeibehörde, des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für 2025	189/2024
----	--	-----------------

Frau Schreier erläutert den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2025.

Herr Poppenberg fragt zum Produkt Aufenthalt Ausländer/Asylbewerber nach der Möglichkeit zur Beschaffung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb. Frau Schreier weist auf die langen Fahrstrecken insbesondere zum Flughafen in Frankfurt/Main hin, die gegen Elektrofahrzeuge sprechen.

Herr Poppenberg fragt weiterhin nach der langen Bearbeitungszeit der Einbürgerungsanträge im Bereich Personenstand/Staatsangehörigkeit. Frau Schreier weist auf die stark gestiegene Anzahl von Anträgen hin. Die Zahl lag im Jahr 2020 bei 277 Anträgen, in 2021 bei 440 Anträgen, in 2022 bei 781 Anträgen und in 2023 bei 1.082 Anträgen. In 2024 werden rund 1.800 Anträge erwartet. Derzeit sind bereits 1.750 Einbürgerungsanträge eingegangen. Das komplexe Verfahren führt zu einer Bearbeitungszeit von derzeit bis zu 18 Monaten. Dennoch sei eine gründliche Prüfung unabdingbar. Eine weitere Stelle wurde im vergangenen Jahr geschaffen. Auf die Einrichtung von zusätzlichen Stellen soll verzichtet werden, um die Haushalte der Städte und Gemeinden nicht weiter zu belasten. Herr Holtstiege führt hierzu aus, dass den Antragstellern keine wirtschaftlichen Nachteile entstehen.

Herr Poppenberg weist darauf hin, dass der vorgesehene Teleskoplader im Produkt Katastrophenschutz gemeinsam mit den Bauhöfen genutzt werden sollte. Herr Hillebrand erläutert die vorgesehene Stationierung am Standort Oelde und die geplanten Einsatz- und Transportmöglichkeiten gemeinsam mit einem Abrollbehälter, auf dem auch das erforderliche Zubehör verlastet werden kann. Die Nutzung sei nicht im Bereich der Lagerhalle in Freckenhorst, sondern für Einsatzzwecke beispielsweise bei Hochwasserlagen vorgesehen.

Herr Poppenberg weist auf die steigenden Aufwendungen im Bereich der Fahrzeugunterhaltung im Produkt Lebensmittelüberwachung hin, obwohl die Anzahl der Mitarbeitenden nicht gestiegen sei. Frau Schreier erklärt hierzu, dass jedem Lebensmittelkontrolleur ein Dienstfahrzeug zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Beschaffung erfolge jedoch seit mehreren Jahren sukzessive.

Herr Dr. Witte beantwortet die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Katzenschutzverordnung. Die Antworten werden dem Protokoll als Anlage beigefügt (Anlage 2). Frau Maschelski-Werning dankt Herrn Dr. Witte für seine Ausführungen.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	18
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

Frau Maschelski-Werning dankt für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 10.15 Uhr.



Sophia Maschelski-Werning
Vorsitzende



Ltd. KRd Petra Schreier
Schriftführerin